

Die Remilitarisierung als Vorbereitung der Aggression gegen die Sowjetunion und den demokratischen Sektor der Welt ist damit gleichzeitig eine Maßnahme zur Vorbereitung des Bürgerkrieges in Deutschland. Das Ergebnis der Volksbefragung enthält eine eindeutige Absage des Volkes an den von Bonn geplanten Bürgerkrieg und die Forderung nach einer friedlichen Lösung der schwebenden deutschen Probleme.

Darüber hinaus hat die Volksbefragung die amerikanische Legende zerstört, daß das deutsche Volk die internationale Kriegspolitik Washingtons billige. Die Volksbefragung war eine eindrucksvolle Kundgebung für den Frieden, ein Bekenntnis der Freundschaft und der Zugehörigkeit zu jenen Kräften in der Welt, die erfolgreich der Vorbereitung eines neuen Weltkrieges entgegengetreten.

In diesen Tagen der Entscheidung des deutschen Volkes ist die Bedeutung der Deutschen Demokratischen Republik, deren Gründung Stalin als „Wendepunkt in der Geschichte Europas“ bezeichnete, besonders deutlich zum Ausdruck gekommen.

Adenauer und sein amerikanischer Boß wollten die Remilitarisierung auf kaltem Wege durchführen und das deutsche Volk vor ein *fait accompli* stellen. Die Wachsamkeit der demokratischen Kräfte, deren Stütze die Deutsche Demokratische Republik ist, verhinderten diesen Plan. Das deutsche Volk hat begriffen, daß Remilitarisierung Krieg bedeutet. Es hat den Kampf für den Frieden aufgenommen.

Adenauer und sein amerikanischer Boß gaben die Volksbefragung als ein „Manöver der Kommunisten“ aus. Heute weiß die ganze Welt, daß der Kampf gegen die Remilitarisierung Deutschlands der Kampf der ganzen deutschen Nation für den Frieden, für ihre Selbsterhaltung ist, an dem natürlich die Kommunisten mit ihrem geschichtlich bekannten Opfermut teilhaben.

Adenauer und sein amerikanischer Boß wollten mit dem Verbot der Volksbefragung die Stimme des deutschen Volkes zum Schweigen bringen. Doch sie übersahen, daß auf einem Teile des deutschen Territoriums eine unabhängige Regierung des deutschen Volkes, eine Regierung der Demokratie besteht, deren höchstes Gebot die Wahrnehmung und die Verteidigung der Volksrechte ist. Sie übersahen, daß das Deutschland von 1951 nicht das Deutschland von 1932 ist. Heute können die Adenauer, Schröder, Krupp und Schumacher nicht mehr im geheimen ihre Ränke schmieden. Fleute müssen sie damit rechnen, daß sie damit im Volke eine Welle der Abwehr entfachen, daß die Deutsche Demokratische Republik die Verschwörungen des internationalen Finanzkapitals vor dem gesamten deutschen Volke bloßlegt.

Auch im internationalen Maßstab hat das Ergebnis der Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik größte Beachtung gefunden, werden die Ergebnisse der Volksbefragung in der Bundesrepublik unter Berücksichtigung der dortigen Verhältnisse entsprechend beurteilt. Die amerikanischen Finanzkönige glauben nicht mehr an die Zuverlässigkeit einer deutschen Operationsbasis in einem neuen Weltkriege. Sie zweifeln immer mehr daran, ob das deutsche Volk ihnen willige Legionäre liefern wird und sehen immer besorgter, daß sie einen neuen Krieg auch mit ihren eigenen boys bestreiten müßten. Auf der anderen Seite begrüßen die für den Frieden kämpfenden Völker die Ergebnisse der Volksbefragung als den entschlossenen Willen des deutschen Volkes, sich nicht noch einmal für imperialistische Zwecke mißbrauchen zu lassen, sondern durch die Verhinderung der Remilitarisierung und durch die Erzwingung eines Friedensvertrages im Jahre 1951 zur Befriedung Europas beizutragen. Das Verbot der Volksbefragung ist ein Beitrag Adenauers zur Entfesselung des amerikanischen Krieges. Die Ergebnisse der Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland sind ein Beitrag des deutschen Volkes zur Sicherung des Friedens.

---

**Nunmehr gilt es, die Hauptaufgabe zu lösen: die Volksbefragung in Westberlin und in Westdeutschland zum Erfolg zu führen. Mögen sich alle Friedenskräfte in Deutschland der hohen Verantwortung bewußt sein, die sie für die Rettung des Friedens in Europa tragen.**

**Walter Ulbricht**

auf der Tagung des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

am 13. Juni 1951

---